

Trendanalyse 07

Gegentrend: Die Herausbildung multipolarer Strukturen

Die Formierung von Weltblöcken

Wohin treibt die Globalisierung – Vernetzung oder Pyramide?

Globalisierung – neoliberal oder libertär?

Ist die Entwicklung zwangsläufig oder noch steuerbar?

Kann Europa noch eine eigenständige Rolle spielen?

Eine Analyse von *MacroAnalyst*
alle Rechte bei
Dr. Karl H. Pitz
www.MacroAnalyst.de

Dezember 2007

Gliederung

I. Was ist Globalisierung?

1. Überholte Sichtweise: Vernetzung von Märkten
2. Aktueller Stand: Bau einer neuen Machthierarchie

II. Der Spezialfall Europa

1. Überholte Sichtweise: EU ist europäisch-autonome Handlungsmacht
2. Aktueller Stand: EU eingebettet in globale Machthierarchie

III. Wohin tendiert die weitere Entwicklung?

1. Überholte Sichtweise: Globalisierung ist neoliberale Entwicklung
2. Aktueller Stand: Globalisierung ist libertäre Entwicklung

IV. Eingriff in die Globalisierung

1. Möglichkeiten der Gegensteuerung?
2. Nah- und Fernziel für einen Eingriff
3. Europa als ein Weltblock

Auf dieser Website sind in den vergangenen Jahren die Entwicklung, die Triebfedern und der Stand der Globalisierung erarbeitet worden. Fokussiert war die Analyse auf den europäischen Ausschnitt.

In diesem Papier wird dieser Ausschnitt erweitert. Hier wird nun die globale Draufsicht auf die Machtzusammenhänge gewagt.

Der Versuch, Weltmachtstrukturen zu analysieren, wird immer mit dem Vorwurf einer „Verschwörungstheorie“ zu kontern versucht. Dies hat sich zu einem geradezu reflexartigen Stereotyp herausgebildet. Sein einziger Zweck ist, eben diese Analyse abzuwehren. Was aber soll verkehrt sein an der Fragestellung, wer auf globaler Ebene die Fäden in der Hand hält?

Die einzig legitime Frage zu Weltmachtmodellen ist, ob die zugrunde liegende Analyse richtig oder falsch ist.

I. Was ist Globalisierung?

1. Überholte Sichtweise: Globalisierung als Vernetzung von Märkten

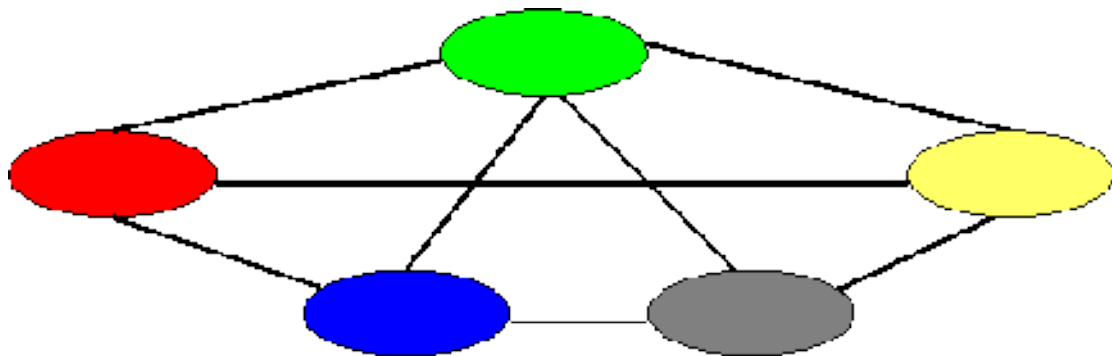
Als Kern der Globalisierung wird nach wie vor die weltweit zunehmende internationale *Vernetzung* heraus gestellt. Als typisches und massenwirksames Beispiel kann die Definition von Wikipedia angesehen werden:

“Unter Globalisierung versteht man den Prozess der zunehmenden internationalen Verflechtung in allen Bereichen (Wirtschaft, Politik, Kultur, Umwelt, Kommunikation etc.). Diese Intensivierung der globalen Beziehungen geschieht auf der Ebene von Individuen, Gesellschaft, Institutionen und Staaten.

Ab welchem Zeitpunkt man von Globalisierung sprechen kann, ist umstritten“.

(Wikipedia zum Stichwort „Globalisierung“; Stand Nov 07):

Globalisierung als Vernetzung von Märkten, Nationen



Quelle: MacroAnalyst.de

Das 21. Jahrhundert wird gar zum „ersten Jahrhundert umfassender globaler Vernetzung“ ausgerufen (E. Bahr, W. Stütze, H.J. Gießmann: Europäische Friedenspolitik im 21. Jahrhundert; FAZ v. 9. Aug. 2007).

Dieser Vernetzungs-Sichtweise haften zwei wesentliche Mängel an:

Erstens ist die zunehmende Verflechtung nichts Neues. Selbst wenn man den Beginn dieses Prozesses später als an den Beginn der Neuzeit (1500) setzt, in jedem Falle reicht er über Jahrhunderte. Und wegen dieses langen Vorlaufs ist die Globalisierung heute gewiss nicht in aller Munde.

Zweitens, und das wiegt ungleich schwerer, beschreibt diese Definition nur die Entwicklung an der Basis von Wirtschaft, Gesellschaft und Staaten. Der Blick bleibt

am Boden haften. Es handelt sich um eine Art geografischer Sichtweise – der Blick läuft immer den Linien der Weltkarte entlang.

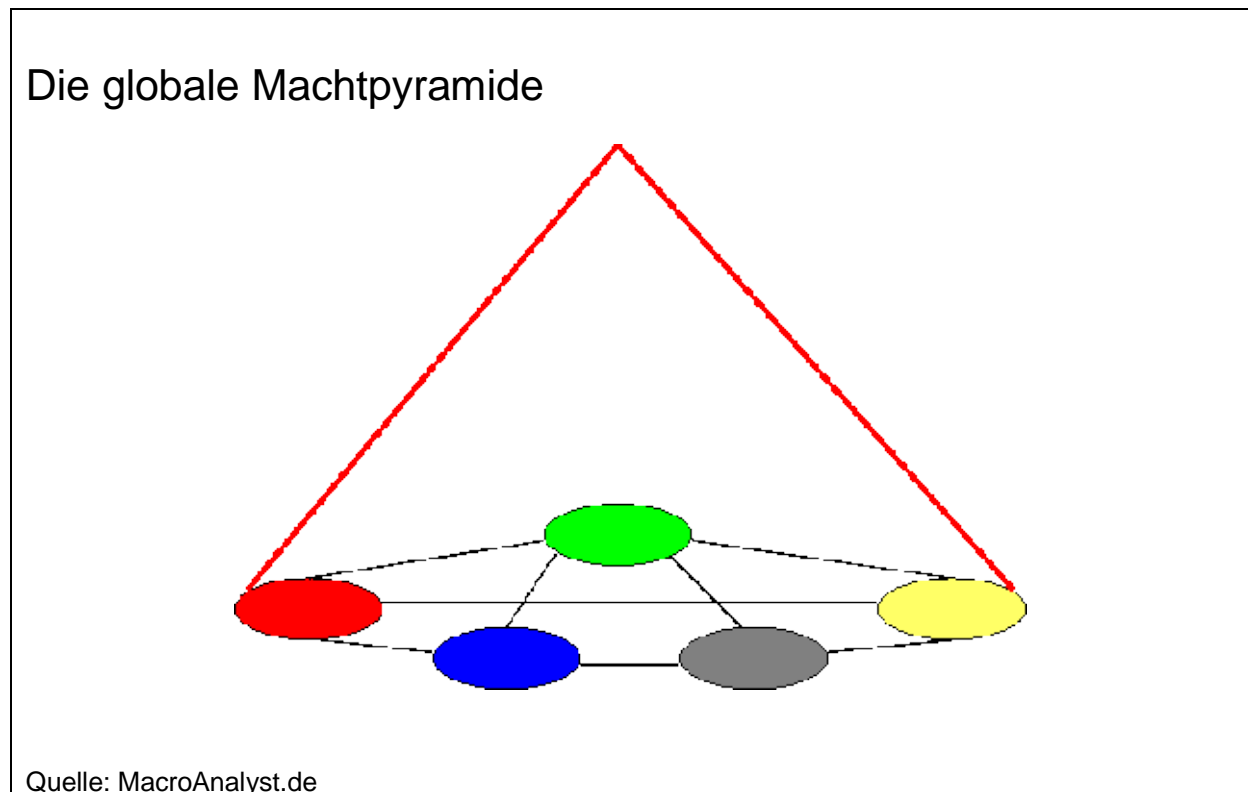
Diese Perspektive kann das eigentlich Aufregende unserer Tage nicht erfassen, die Superstruktur, die sich über diesen Basisbewegungen aufzubauen beginnt.

2. Aktueller Stand:

Globalisierung ist der Bau einer neuen Machthierarchie

Die zunehmende Verflechtung, die Vernetzung der Märkte, das ist zwar die ökonomische Basis und der historische Kern.

Das Neue jedoch ist, dass sich über dieser Basisentwicklung eine bisher nicht gekannte Superstruktur aufbaut – und das ist der wichtigste Aspekt der Globalisierungsphase unserer Zeit.



Um diese Superstruktur erfassen zu können, ist zu erkennen:

Primär ist Globalisierung eine ökonomische Entwicklung, die die wirtschaftlichen Strukturen umwälzt.

Sekundär erfasst diese ökonomische Umwälzung aber auch die politischen Strukturen. Sie zieht Veränderungen des rechtlichen und politischen Ordnungsrahmens nach sich.

Diese beiden Stränge der Transformation von alten in neue Machtstrukturen gehören deshalb in den Vordergrund.

(a) Der Aufbau von Finanzmacht

Finanzintermediäre gelten als die Hauptbeschleuniger der Globalisierung. Sie operieren sowohl *an der Basis* als auch *im Überbau* der Gesellschaft.

An der Basis der Gesellschaft, der Ökonomie, vollzieht sich ein Machttransfer auf zwei Ebenen.

Ebene 1: Der Machttransfer von realer Wirtschaft an Finanzwirtschaft

Macht geht über von der operativen Wirtschaft an das Finanzkapital, von der realen Produktion an den monetären Sektor.

Dieser Effekt ist bereits deutlich in dem Land zu registrieren, in dem die Finanzwelt ihren Aufstieg begonnen hat, in dem sie am weitesten fortentwickelt ist und wo ihre mächtigsten Spitzen ihren Sitz haben – in den USA. Der Finanzsektor ist mitverantwortlich für den Niedergang der operativen Wirtschaft der USA. Ihr Vordringen und ihre Politik gingen fühlbar zulasten der dort zu findenden Arbeitsplätze mit hoher Wertschöpfung. Die Erosion zeigte sich zuerst in den operativen Einheiten, vor allem in den Unternehmen im Industriesektor. Diese haben bereits vor Jahrzehnten begonnen, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren.

(Eine eingehende Analyse dieser These findet sich im Papier „USA versus EU“ auf MacroAnalyst.de)

Ebene 2: Der Machttransfer von Bürgern an Finanzwirtschaft

Macht geht aber zweitens über von den Bürgern an das Finanzkapital. Macht ist mit Arbeit und Einkommen, vor allem aber mit Vermögens- und Kapitalbesitz verknüpft. Die einen verlieren, was die anderen gewinnen.

Die Finanzwelt arbeitet inzwischen zulasten der Bürger in aller Welt. Seit langem arbeitet sie zulasten der Bürger in den sich entwickelnden Ländern. Nun geht sie immer stärker dazu über, auch die Bürger der hoch entwickelten Industrieländer abzuschöpfen.

Direkt vollzieht sich dies über die Umverteilung von *Vermögensbeständen* (exemplarisches Beispiel „New Economy“; laufendes Beispiel könnte die „Subprime Krise“ werden, dort könnten 2 Millionen Amerikaner ihre Häuser verlieren).

Indirekt vollzieht sich dies über die Unterminierung operativer Leistungskraft (Verluste von Einkommen und Arbeitsplätzen) einerseits. Und andererseits über die Aushöhlung des wichtigsten Verteidigungsinstrumentes der Bürger, die Entmächtigung des Nationalstaates.

(b) Der Abbau politischer Macht

Im politischen Überbau zieht die globale ökonomische Entwicklung einen Doppeleffekt nach sich:

Erster Effekt: Machttransfer von Nationalstaaten an Supranationale Organisationen

In den letzten 30 Jahren hat sich eine neue Weltmachtstruktur herausgebildet. Die Finanzakteure haben eine Dynamik entfaltet, die ihnen einen beispiellosen Machtzuwachs bescherte.

Das kommt zum einen in der neuen globalen *Finanzarchitektur* zum Ausdruck, an deren Spitze die dynamischsten Akteure, die Investment-Banken, stehen.

Das kommt zum anderen im Bau einer neuen *politischen Superstruktur* zum Ausdruck. An deren Spitze stehen nicht mehr die USA, sondern ein Konglomerat großer Institutionen (Bank for International Settlements, Internationaler Währungsfonds, Weltbank, auch Welthandelsorganisation, United Nations u.a.).

Beide, Finanzarchitektur und politische Superstruktur, sind eng vernetzt.

(Eine eingehende Analyse der Zusammenhänge findet sich im Beitrag „Investment Banken – Aufstieg zur Weltmacht“ auf *MacroAnalyst.de*).

Die Nationalstaaten haben fortlaufend Kompetenzen an diese supranationalen Organisationen abgetreten. Deren demokratische Legitimation ist im wesentlichen aber lediglich eine schwach indirekte, nämlich nur zum geringen Teil aus der Legitimation der Nationalstaaten abgeleitet. Vordergründig agieren auf dieser Ebene zwar auch gewählte Nationalpolitiker. Der eigentliche Einfluss kommt jedoch aus der Finanzwelt (beachte: Governance (= Steuerung) ist nicht gleich Government (= demokratisch gewählte Regierung)).

Die Machtposition der Nationalstaaten nimmt schon wegen dieses Transfers tendenziell ab – parallel zum Verlust der Machtposition nationaler Parlamente und umgekehrt proportional zu den Positionsgewinnen der Finanzwelt.

(Eine Sonderrolle spielt Europa in diesem Zusammenhang, wie wir noch zeigen werden).

Zweiter Effekt: Direkter Abbau des Nationalstaates

Der Nationalstaat selbst wird aber darüber hinaus direkt abgebaut. Die neuen globalen Kräfte zielen auf die Entmächtigung der Staaten, um ihre eigene Position weiter zu stärken.

Diese Entmächtigung vollzieht sich auf drei Wegen:

Erstens über den Abbau der Staatsquote, den Anteil des Staates am Sozialprodukt.

Zweitens ist „Deregulierung“ zu einem gewichtigen Hebel für den Abbau des staatlichen Einflusses geworden.

Drittens wird der Bestand an Staatsvermögen durch Privatisierung abgebaut.

Muster: „Follow the money, follow the power“:

- o schon vor 100 Jahren Rudolf Hilferdings berühmtes Werk über die Macht des Finanzkapitals
- o seit 100 Jahren Inflationstrend (Dtsch. Bank Research) = Liquidisierung der Weltwirtschaft
- o von dieser Liquidisierung hat vor allem der Finanzsektor profitiert (Bundesbank)
- o ab 1973 (nach Ende v. Bretton Woods) libertäre Freisetzung des globalen Kapitalverkehrs
- o Finanzsektor baut seine Machtposition zusätzlich aus - mit Prozess- und Produktinnovationen
- o Finanzwelt löst sich zunehmend von der operativen Wirtschaft, beginnt ein Eigenleben
- o Dynamische Finanzakteure übernehmen die Spitze der neuen Finanzarchitektur
- o Die neue Finanzarchitektur ist ein entscheidender Bauteil von Global Governance

(Zur Entwicklung dieses Musters vgl. Beitrag „Finanzarchitektur“ auf *MacroAnalyst.de*).

Fazit:

Der Aufbau von Finanzmacht bei parallelem Abbau des Nationalstaates wirkt in die folgende Richtung:

Die *Vorformulierung* wesentlicher Politiklinien mit globaler Bedeutung geschieht auf supranationaler Ebene (z. B. Privatisierung der Systeme der Sozialen Sicherheit - Übergang des Rentensystems vom Umlage- zum Kapitaldeckungsverfahren; Flutung der Arbeitsmärkte; Unterminierung nationaler Identitätsbildung). Die Ökonomen der Weltbank und des IWF haben die Verbreitung des sog. neoliberalen Konzepts weltweit voran getrieben.

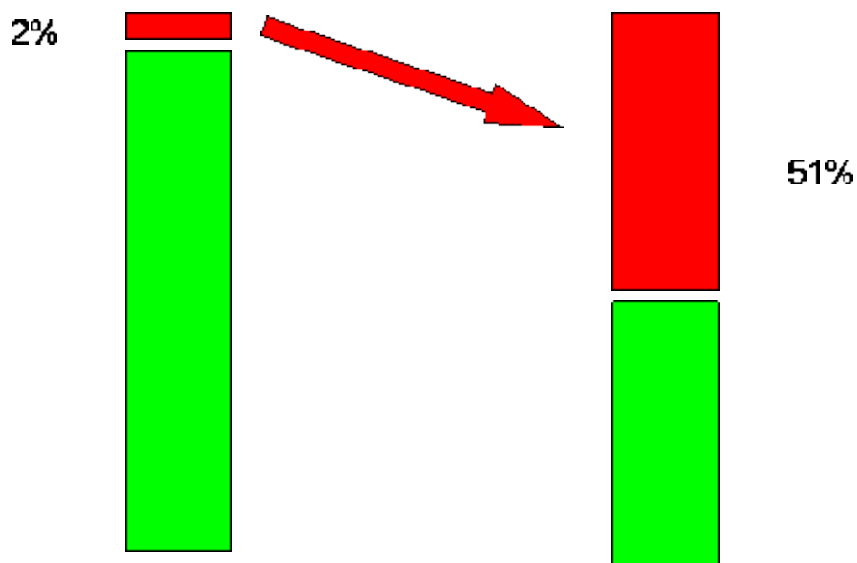
Die *Umsetzung* dieser Vorgaben im einzelnen sowie Angelegenheiten von lediglich nationaler, regionaler oder lokaler Bedeutung verbleiben in der Kompetenz nationaler Parlamente.

Generell ist der Abbau des Nationalstaates weit fortgeschritten – der Primat der Politik existiert nur noch scheinbar.

Dies nimmt Bürgerinnen und Bürgern das Instrument, mit dem sie seit der Französischen Revolution zunehmend ihre Interessen wahrnehmen konnten.

Ein erster Hilfs-Indikator für den Stand der Umverteilung von Einkommen, Vermögen, ökonomischer wie politischer Macht ist die Verteilung des Weltvermögens.

Follow the money, follow the power



Quelle: UNU-WIDER, Uno; Der Spiegel, Nr. 23/2007, *MacroAnalyst.de*

II. Der Spezialfall Europa

Europa wird – an der Basis wie im Überbau – in die globalen Strukturen eingebaut; insofern existieren keine prinzipiellen Unterschiede zu vielen anderen Räumen in der Welt. Was die Tiefe und das Tempo der Einbettung jedoch anbelangt, bestehen große Unterschiede zu den anderen Weltregionen.

1. Überholte Sichtweise:

Die EU ist europäisch-autonome Handlungsmacht

Ein erster Blick auf Europa vermittelt den Eindruck, die Europäische Union sei ein von Europäern geschaffener Staatenverbund, der originär europäische Interessen vertritt.

Um der EU diese Interessenvertretung zu ermöglichen, würden laufend Gesetzgebungskompetenzen von den europäischen Nationen an Brüssel abgetreten, die dort zu gemeinsamen europäischen Zielen und politischen Aktionen umgeformt würden. Die EU fange mithin die demokratische Macht auf, die von den Nationalstaaten abgeben wird. Sie sei eine europäisch-autonome Handlungsmacht, die europäische Politik formuliert und umsetzt.

Populär ist die Ansicht, Europa gewinne durch diese Bündelung an weltpolitischer Macht. Das Gegenteil ist der Fall:
Bloße Addition führt nicht zu Kohäsion, sondern verstärkt die Fliehkräfte.

Die die formalen Prozesse in den Vordergrund rückenden Medien zielen darauf, den Bürgerinnen und Bürgern Europas diese Sichtweise zu vermitteln. Die äußere Form unterstützt dieses sorgsam gepflegte Bild.

2. Aktueller Stand: EU ist eingebettet in globale Machthierarchie

1945 liegt Europa am Boden. Nicht nur Städte und Infrastruktur sind zerstört. Europäische Politik ist im Kern implodiert. Die Völker Europas sehnen sich vor allem nach Frieden. Frieden lässt sich nur über die europäische Vereinigung erreichen.

Die Vorstellungen dazu reichen weit. Selbst Churchill verspricht der Jugend Europas die Vereinigten Staaten von Europa (1946). Gerade in Deutschland, mit seiner schwer beschädigten nationalen Identität, steht das Volk hinter dieser Idee eines demokratischen und föderalen Bundesstaates.

Die USA als Gewinner des II. Weltkriegs nutzen ihre herausragende Machtposition, den Vereinigungsprozess zwar voll zu unterstützen, ihn jedoch in eine ganz andere Richtung zu steuern. Die Nachkriegsgeschichte unseres Kontinents lässt sich ohne die Rolle Washingtons weder erklären noch verstehen (Ulrich Speck: Vom Aufstieg und Niedergang des Europäismus; *Merkur*, März 2006).

Die Grundposition der US-Außenpolitik ist ganz und gar auf die Interessen der neuen Weltmacht zugeschnitten. Die ehemals mächtigen europäischen Nationen dürfen als politische Kräfte nicht wieder erstarken; deshalb:

- Ja zur Einfügung der europäischen Nationalstaaten in einen großen Markt für Kapital, Waren, Dienstleistungen und Arbeit.
- Nein zu jeglicher Neuformierung von staatlicher Macht auf einer höheren, europäischen Ebene.

Diesem Masterplan zufolge werden die Weichen vollends in Richtung einer Wirtschaftsgemeinschaft ohne demokratischen staatlichen Überbau gestellt. Diese soll zugleich die Funktion einer außenpolitischen Sicherheitsgemeinschaft im strategischen Vorfeld der USA übernehmen.

Bis 1989 ist dieser Masterplan eine ‚hidden agenda‘; nach dem Fall des Eisernen Vorhangs wird er – nun auch für uns Bürger immer besser erkennbar – noch energischer voran getrieben.

Die Akteure sind mutiert: War es nach 1945 die US Außenpolitik, so ist es nun das inzwischen gewachsene Global Governance.

Mit zwei Hebeln wird der europäische Vereinigungsprozess noch weiter von seinem ursprünglichen Ziel abgelenkt.

Strategische Überdehnung:

Durch rabiante Erweiterungen wird die Union gezielt strategisch so überdehnt, dass immer schwerer zu erkennen ist, wie sie noch einen politischen Machtblock formieren will. Trojaner werden implementiert, die dieses Ziel per se und explizit ablehnen.

Entgrenzung der EU:

Die Pläne zur Erweiterung der Union - weit über das geografische Europa hinaus - liegen längst in der Schublade (Kaukasusregion, nordafrikanische Staaten, Ukraine, Weißrussland, Israel, Palästina).

Als Ergebnis für die Auswirkung des 50-jährigen Vereinigungsprozesses auf das weltpolitische Gewicht Europas ist festzuhalten:

Global Governance, das seit Jahrzehnten die eigentliche Steuerung der Globalisierung übernommen hat, kontrolliert inzwischen auch die wesentlichen Stellschrauben von European Governance.

Die Nationalstaaten treten immer mehr nationalstaatliche Kompetenzen an supranationale europäische Institutionen ab.

Die Rolle der Europäische Kommission besteht aber nicht darin, die demokratisch formulierten Interessen der europäischen Bürger zu vertreten. Ihre vorrangige Aufgabe ist vielmehr, die globalen Vorgaben aus der Weltebene umzusetzen.

Generell hatten wir oben gesehen, dass für die Globalisierung der Abbau der Nationalstaaten weltweit auf der Tagesordnung steht.

Regional sehen wir, dass der größte Erfolg dabei – nach den USA - in Europa erzielt worden ist.

Hier nämlich haben die europäischen Bürgerinnen und Bürger ihren Politikern bisher bereits gestattet, weitreichende Kompetenzen an die supranationale EU zu übertragen.

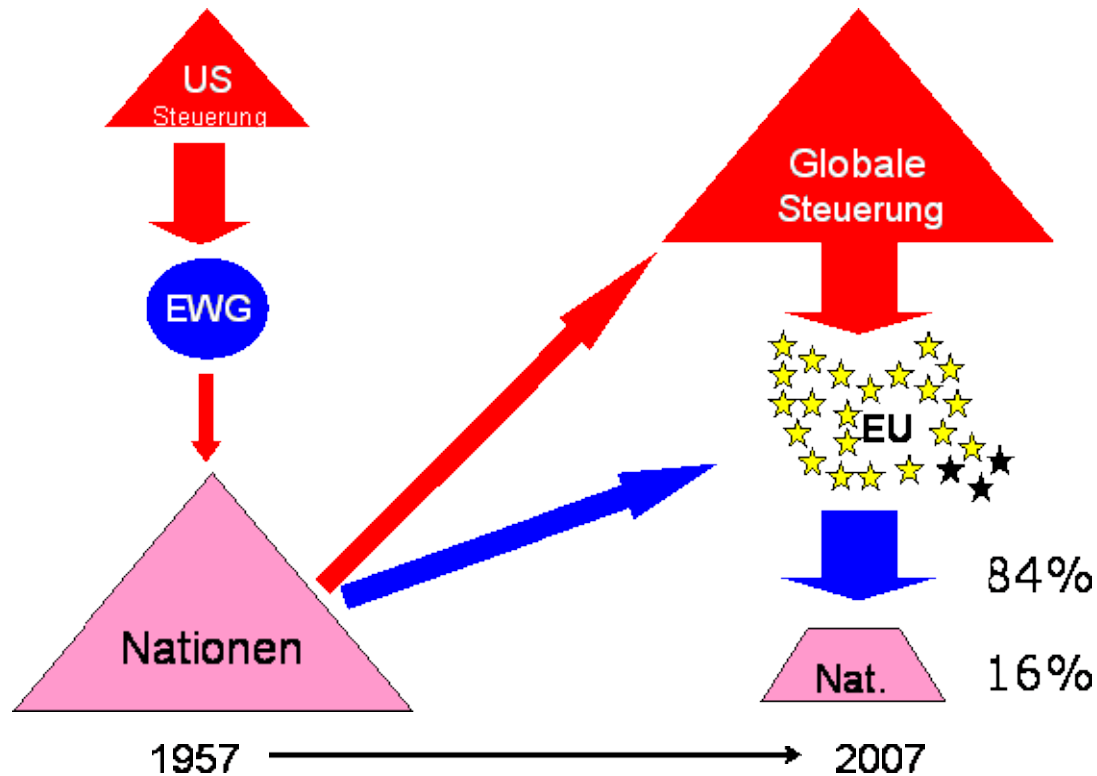
Für Deutschland hat Roman Herzog die folgende Angabe gemacht:

“Das Bundesjustizministerium hat für die Jahre 1998 bis 2004 die Zahl der Rechtsakte der Bundesrepublik Deutschland und die Zahl der Rechtsakte der Europäischen Union einander gegenübergestellt.

Ergebnis: 84 Prozent stammten aus Brüssel, nur 16 Prozent originär aus Berlin“.

Diese Kompetenzen wurden aber nicht einem demokratischen Bundesstaat, sondern einem demokratiefernen Gebilde übertragen .

Einbettung der Europäischen Union in die Globalisierung



Quelle: *MacroAnalyst.de*

Das ist der eigentliche Grund dafür, dass die Europäer eine noch weiter gehende Demontage ihrer Demokratie hinnehmen mussten, als dies viele außereuropäische Nationen tendenziell auch tun mussten.

Fazit:

Global Governance hat seit Jahrzehnten die eigentliche Steuerung der Globalisierung übernommen.

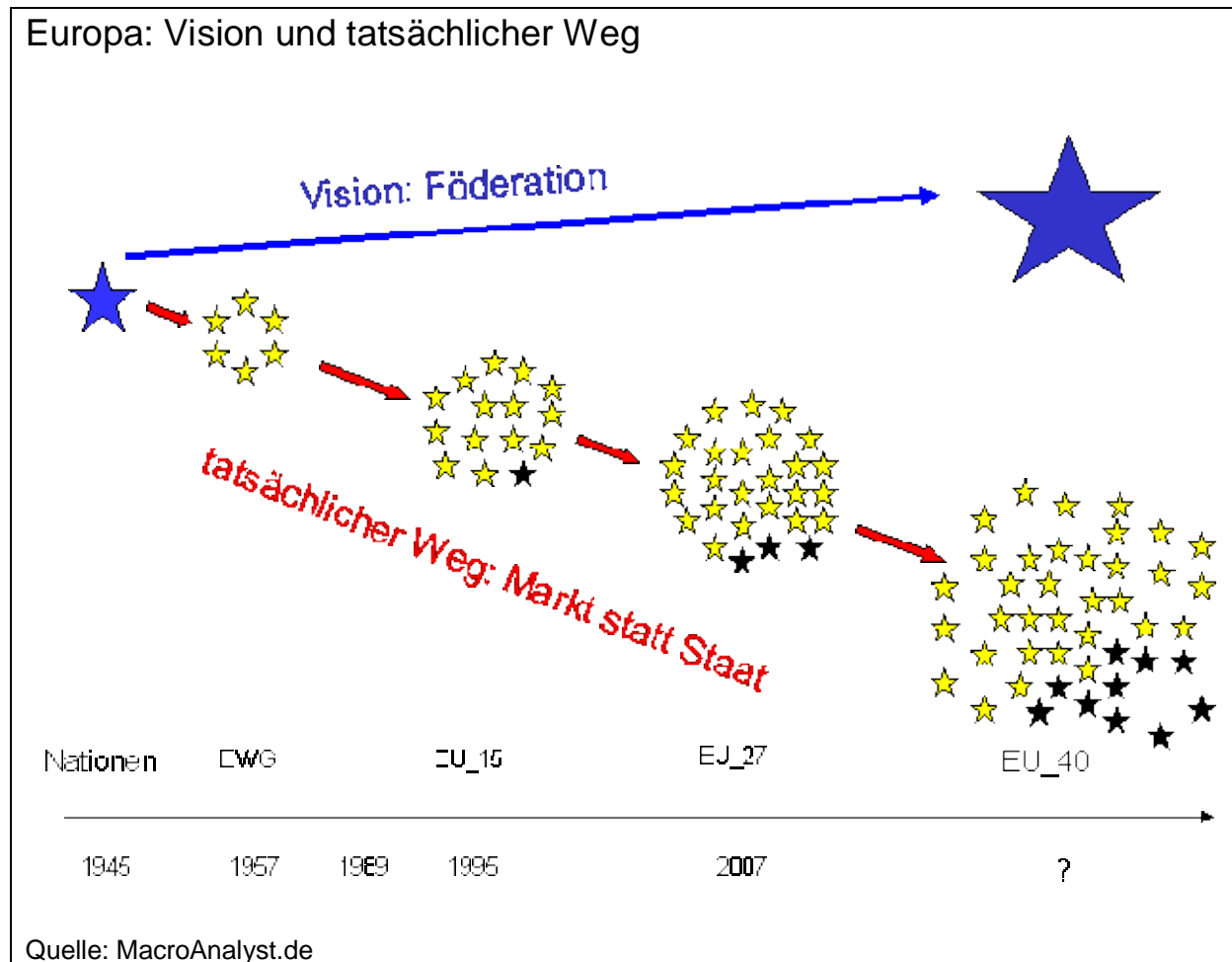
Unter diesem Schirm ist European Governance entwickelt worden. Zuschnitt der EU und Machttransfer an sie haben in den letzten 50 Jahren die Machtverteilung in Europa zusätzlich stark verändert: Die supranationalen Ebenen haben an Macht hinzugewonnen, was die nationalen Ebenen abgegeben haben. Populär ist die Ansicht, Europa gewinne durch diese Bündelung an weltpolitischer Macht.

Das Gegenteil ist der Fall:

Bloße Addition führt nicht zu Kohäsion, sondern verstärkt die Fliehkräfte.

Hätte die EU eine echte Verfassung und würden alle ihre Organe demokratisch gewählt, dann wäre eingetreten, was mit der Vision von 1957 beabsichtigt war. Die Bürger hätten oben hinzugewonnen, was sie unten abgegeben haben.

Ein solcher Machtzuschnitt ist nun aber über 50 Jahre hinweg gerade verhindert worden.



Daraus folgt:

In der bisherigen europäischen Vereinigung ein Mittel zu sehen, die weltpolitische Position Europas zu stärken, verkennt den eigentlichen Charakter dieses Prozesses.

Infolge des Machteinbruches durch zwei Weltkriege waren die europäischen Nationalstaaten gezwungen, den USA auf ihrem Wege in die Einbettung in eine neu entstehende globale Machthierarchie zu folgen. An deren Spitze steht keine Nation mehr, sondern Global Governance.

Europa gehört zu den am weitesten in Global Governance integrierten Räumen; über Großbritannien heißt es inzwischen, es habe in dem unheilvollen Blair-Jahrzehnt aufgehört, eine unabhängige Nation zu sein (Geoffrey Wheatcroft in „Yo, Blair“).

Unter dieser Einbettung hat Europas weltpolitisches Gewicht konsequenterweise gelitten. Was mit den Bruderkämpfen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts begonnen hat, ist mit der Unterordnung unter Global Governance in der zweiten Hälfte fortgesetzt worden.

Wie wird dies weitergehen?

III. Wohin tendiert die weitere Entwicklung?

Wohin tendiert das System? Was ist das Fernziel? Wohin zeigt eine Extrapolation der bisherigen Entwicklungslinien? Wie lässt sich der Prozess zuspitzen? Welche Theorie-Schule beschreibt ihn zutreffend?

Auf zwei Sichtweisen kommt es uns auch hier an:

1. Überholte Sichtweise:

Die Globalisierung ist eine neoliberale Entwicklung

Global Governance hat sich aus der Globalisierung heraus entwickelt. Und die Globalisierung entwickelt sich nun ihrerseits aus den Weichenstellungen von Global Governance.

Der eigentliche Antrieb für diese Entwicklung kommt aus dem System selbst, aus den Unternehmen, aus den Märkten. Hier werden die Kern-Entscheidungen über Forschung und Entwicklung, über Investitionen und Wachstum, über Produktivität und Arbeit, über Einkommen und Vermögen gefällt. Hier sitzen die Akteure. Viele von ihnen bezeichnen sich als „Konservative“. Tatsächlich sind sie die eigentlichen Revolutionäre, die die Welt um und um gestalten.

Der Antrieb ist das Ökonomische, die Aktion, nicht die Ideologie.

Die Ideologie hat jedoch ihre Funktion dort, wo es um das Verständnis des Prozesses geht, wo es um Handlungsziele geht, die – bei massenhafter Bündelung – durchaus einen politischen Einfluss auf die weitere Entwicklung nehmen können.

Als Ideologie zur Kennzeichnung der Globalisierung hat sich inzwischen der „Neoliberalismus“ in den Vordergrund geschoben. Es ist an der Zeit, diese Kennzeichnung auszuwechseln – sie ist sachlich falsch.

Die Ideologie des Neoliberalismus wurde 1932 aus der Taufe gehoben. Richtig entfaltet hat sie sich dann in der Nachkriegszeit.

Der Neoliberalismus zerfällt zwar in diverse Strömungen, gleichwohl kann er in Bezug auf die hier interessierende Verbindung zur Globalisierung auf eine Kernideologie reduziert werden.

Er fordert eine klar marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung.

In der Ausdifferenzierung gibt es unterschiedliche Konzepte zur Frage der Steuerung des Wirtschaftsablaufs durch den Staat, zur Frage vorzunehmender Korrekturen im Bereich Verteilung und Soziales.

Die Kernfrage jedoch betrifft die ordnungspolitische Fragestellung nach dem Verhältnis von Privatwirtschaft und Staat.

Als typisch für den Hauptstrom des Neoliberalismus kann eine Festlegung des Begründers der Freiburger Schule und des ORDO-Liberalismus, Walter Eucken, nach dem II. Weltkrieg angesehen werden:

In Bezug auf Eingriffe des Staates in den Wirtschaftsprozess unterschied er zwischen dem Wirtschaftsprozess und der Wirtschaftsordnung.

"Den Unterschied von Form und Prozess erkennen und danach handeln, das ist wesentlich. Nur so kann das Ziel erreicht werden, dass nicht eine kleine Minderheit, sondern alle Bürger über den Preismechanismus die Wirtschaft lenken können.

Die einzige Wirtschaftsordnung, in der dies möglich ist, ist die des "vollständigen Wettbewerbs". Sie ist nur realisierbar, wenn allen Marktteilnehmern die Möglichkeit genommen wird, die Spielregeln des Marktes zu verändern. Der Staat muss deshalb durch einen entsprechenden Rechtsrahmen die Marktform - d.h. die Spielregeln, in denen gewirtschaftet wird, vorgeben.

Der Staat soll weder den Wirtschaftsprozess zu steuern versuchen, noch die Wirtschaft sich selbst überlassen:

Staatliche Planung der Formen - ja;

staatliche Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses - nein“.

(Vorwort für den ersten Band des Jahrbuchs ORDO)

Diese ordnungspolitische Grundposition baut auf der Erkenntnis auf, dass die Privatwirtschaft – sich selbst überlassen – den Wettbewerb und damit die Marktwirtschaft selbst beseitigt. Bei der Lösung dieses Problems hätte der alte Laissez-faire-Liberalismus des 18. und 19. Jahrhunderts, der dem Staat allenfalls die Rolle eines Nachtwächters zugewiesen habe, versagt.

Der Staat müsse den Rahmen setzen, innerhalb dessen die Menschen wirtschaften könnten. Dazu gehöre Rechtssicherheit, Vertragsfreiheit, Schutz des Privateigentums und vor allem die Aufrechterhaltung des Wettbewerbs. Dessen schleichende Abschaffung müsse durch eine aktive Monopol- und Kartellkontrolle verhindert werden.

Genau diese Abkehr vom „Laissez faire“ des klassischen Liberalismus, dieser Übergang zu einem Staat, der die Marktordnung des vollständigen Wettbewerbs sichert, war das „Neo“ am Liberalismus.

Die Wirtschaftspolitik hat in den 50er und 60er Jahren durchaus versucht, diese Vorgaben umzusetzen. Die Soziale Marktwirtschaft wurde von Neoliberalen durchgesetzt.

Spätestens mit dem Scheitern von Bretton Woods in 1973, also mit der Freisetzung des Finanzkapitals, ist dann eine Entwicklung eingeleitet worden, die heute, in der Rückschau, diese Neoliberale Welt wie eine Puppenstube aussehen lässt.

Der Nationalstaat, der den Wettbewerb durch Monopol- und Kartellkontrolle so geschützt hat, dass alle Bürger über den Preismechanismus die Wirtschaft lenken, - das hat zwar ohnehin so nie existiert. Aber nun brachte die Globalisierung eine Zusammenballung von Macht hervor, wie sie vor 35 Jahren unvorstellbar war.

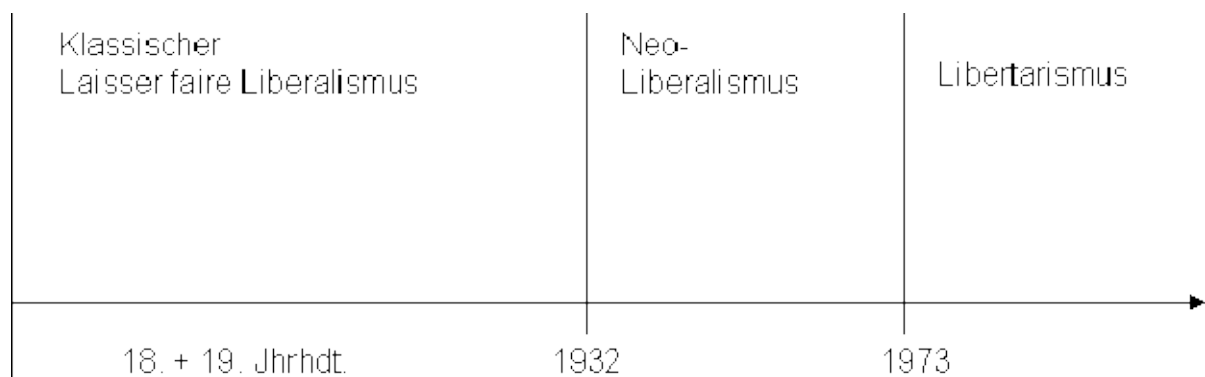
Fazit:

1932 aus der Taufe gehoben, hat sich die Ideologie des Neoliberalismus erst in der Nachkriegszeit richtig entfaltet.

Heute ist „Neoliberalismus“ zu einem Kampfbegriff verkommen, der seine Benutzer selbst in die Irre führt. Diese Ideologie nämlich ist in den letzten 35 Jahren von der realen Entwicklung geradezu überrollt worden.

Den Neoliberalismus zur Kennzeichnung der heutigen Phase der Globalisierung zu benutzen, ist der erste Schritt in den Wald der Desorientierung.

Formen des Liberalismus



Quelle: *MacroAnalyst.de*

2. Aktueller Stand:

Die Globalisierung ist in einer libertären Phase

Der Übergang von einer Phase in eine andere ist in aller Regel fließend. Das gilt für den Übergang vom Industrie- zum Finanzkapitalismus. Das gilt auch für die Ablösung der dazu passenden Ideologie. Zuspitzungen sind also unerlässlich, um ein Muster klarer erkennen zu können.

Ein doppelter Wendepunkt kann mit dem Scheitern von Bretton Woods für das Jahr 1973 identifiziert werden:

In der wirtschaftlichen Realität erfolgt ein Schub an Liberalisierung des Finanzkapitals. (vertieft auf *MacroAnalyst.de* – Beitrag: Finanzarchitektur und Global Governance – Der Aufstieg von Investment Banking, ab S. 16 ff.). Zu diesem Wendepunkt hat in erster Linie die Entwicklung des Ökonomischen getrieben, die Aktion, nicht die Ideologie.

Im ideologischen Überbau ist es aber richtig, dieser neuen ökonomischen Strukturentwicklung die passende Ideologie beizuordnen. Der Neoliberalismus kann es nicht mehr sein, an dessen Empfehlungen sich spätestens nun niemand mehr zu halten gedenkt. Eine neue Dogmen-Schule wird vielmehr durch die Ideologie-Wende aktuell: Der Libertarismus.

Die Vorläufer dieser neuen Ideologie werden bis zur nordamerikanischen Verfassung zurück verfolgt. (Einen neueren Überblick über die Geschichte der libertären Bewegung findet man bei: Brian Doherty, *Radicals for Capitalism*; Public Affairs Books, New York, 2007). Nach dem II. Weltkrieg erfolgte insbesondere Unterstützung durch Alt-Liberale, Ludwig von Mises, Friedrich von Hayek.

Eine auffällige Aufweichung des Neoliberalismus kündigt sich bereits 1962 mit „Capitalism and Freedom“ von Milton Friedman an. Von der Forderung einer wirksamen staatlichen Monopolkontrolle zur Aufrechterhaltung des Wettbewerbs - eines Kernstücks des Neoliberalismus - rückt er ab mit der Feststellung: Müsse er zwischen einem staatlichen Monopol, einem staatlich regulierten Monopol oder einem privaten Monopol wählen, so sei Letzteres das kleinere Übel. Damit hilft er mit vorzubereiten, was sich dann ab 1973 Bahn bricht.

Als Libertärer bekannt geworden ist vor allem David D. Friedman, Sohn des Nobelpreisträgers. Ein Blick auf sein Werk lohnt sich deshalb, weil er in den Auseinandersetzungen mit den Ideen des Vaters früh auf die Frage gestoßen ist, wie man die Globalisierung konsequent fortdenken muss. Auf welchen Fluchtpunkt läuft das eigentlich hinaus, was Milton Friedman durchdacht und veröffentlicht hatte? Dadurch wurde er zu einem bedeutenden Vordenker der libertären Gesellschaft. Die erste Auflage seines Buches erschien 1973. Es handelt sich weniger um eine wissenschaftliche Erörterung, als vielmehr um ein Manifest („Guide“) zur Durchsetzung einer neuen Wirtschaftsordnung.

„Das Räderwerk der Freiheit“ von David D. Friedman; Auszüge:

„Die Hauptidee des Libertarismus ist die, dass Menschen ihr eigenes Leben führen dürfen, wie sie es wünschen“. S. 17

„Die Institutionen des Privateigentums sind das Räderwerk der Freiheit, das es in einer komplizierten und vernetzten Umwelt jeder Person erlaubt, ihr Leben nach ihren Wünschen zu führen“. S. 19

„Die Idee, dass Menschen gewaltsam vor sich selbst geschützt werden müssen, lehnen wir vollkommen ab.

Eine libertäre Gesellschaft hätte keine Gesetze gegen Drogen, Glückspiel, Pornographie – und keine Gurtpflicht für Autos“.

„Eine libertäre Gesellschaft hätte keine Wohlfahrt, kein Sozialversicherungssystem. Menschen, die für ihr Alter vorsorgen möchten, würden dies mit privaten Versicherungen tun“. S. 17

Nicht gewollt ist, dass die Dienste „die heute Polizei, Gerichte und Armee übernehmen, von einer Institution geleitet werden, wie wir sie heute haben: der Regierung.

Es wird also erörtert, wie stattdessen „private Einrichtungen die fundamentalsten Aufgaben der Regierung übernehmen können – Polizei, Gerichte und Landesverteidigung“. S. 141

„Wie man den Staat stückweise verkauft“, Kapitelüberschrift S. 79

„Verkauft die Schulen“, Kapitelüberschrift S. 81

„Verkauft die Straßen“, Kapitelüberschrift S. 99

„Polizei, Gerichte und Gesetze – auf dem Markt“ Kapitelüberschrift S. 143

In der libertären Gesellschaft „wird das Recht auf dem Markt hergestellt“. S. 147

Zum Umweltschutz: „Verschmutzungslicenzen haben das Ziel, die Verschmutzung auf ihr ökonomisches Niveau zu begrenzen, ..., aber nicht, sie zu unterbinden“. S. 203

Zur Einwanderung: „Meiner Meinung nach ist die Begrenzung der Einwanderung ein Fehler, wir sollten sie morgen abschaffen“.

Quelle: David D. Friedman: „Das Räderwerk der Freiheit“, deutsche Übersetzung, 2003
Original „The Machinery of Freedom“ 1973

Unser Beitrag versucht, die Bedeutung dieser Dogmen-Schule für die weitere Entfaltung der Globalisierung heraus zu arbeiten.

Für diese Fragestellung sind sowohl das folgende Ergebnis als dann auch die strategische Bewertung dieses dogmengeschichtlichen Schrittes von Interesse:

Die strategische Differenz: Stellung des Marktes und Rolle des Staates

Neoliberalismus und Libertarismus haben dieselben Wurzeln. In vielerlei Grundüberzeugungen und Schlussfolgerungen decken sie sich (individuelle Freiheitsrechte, Selbstbestimmung, Privateigentum). Hinsichtlich der weiteren Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft jedoch trennt sie eine wesentliche strategische Einschätzung.

Neoliberale gingen davon aus, die Privatwirtschaft würde – sich selbst überlassen – dazu tendieren, den Wettbewerb und damit die Marktwirtschaft selbst zu beseitigen. Der Staat müsse deshalb wenigstens die Rolle beibehalten, die Wettbewerbsordnung durch eine aktive Monopol- und Kartellkontrolle schützen.

Libertäre halten diese Einschätzung für falsch:

„Eines der wirksamsten Argumente gegen unreguliertes Laissez-faire ist, dass es unausweichlich zu Monopolen führe. Damit wird behauptet, dass die Regierung einschreiten müsse, um die Bildung von Monopolen zu verhindern, oder, wenn sie einmal entstanden sind, sie zu kontrollieren“ (Friedman S. 52).

Der Glaube sei weit verbreitet, dass Wettbewerb unausweichlich zu Monopolen führe. „Der Rest dieses Kapitels ist dem Verständnis der Argumente für diesen Glauben gewidmet und warum sie falsch sind“ (S. 53).

Damit wird auch unter diesem Aspekt dem Staat noch nicht einmal die Rolle des Garanten des Marktes (abfällig: „Nachtwächterrolle“) zugebilligt, vielmehr die Forderung nach seinem vollständigen Abbau aufrecht erhalten.

Die strategische Bewertung:

Wissenschaftlich: 35 Jahre zurück; Politisch: Zutreffendes Navigationsinstrument

Die Bedeutung dieser Dogmen-Schule für das Verständnis der weiteren Entfaltung der Globalisierung bewertet *MacroAnalyst* aus zwei unterschiedlichen Perspektiven:

Wissenschaftlich gesehen ist dieses Buch von zweifelhaftem Wert.

Es ist veraltet. Die Substanz wurde vor 35 Jahren entwickelt. Die Rolle der neuen Technologien und des Internets für die Globalisierung sowie der Aufstieg des Finanzkapitals zu einer Weltmacht fehlen.

David Friedman ist Professor der Jurisprudenz. Das macht den drastischen Ausblick auf die Globalisierung von Recht und Gesetz plausibler. Bei der Untermuerung seiner ökonomischen Thesen hantiert er jedoch allzu häufig mit mikrobasierten Handlungsmustern. Die empirisch festzustellenden Makroergebnisse der Globalisierung fehlen vollständig.

Mit seinen Auslassungen zur Landesverteidigung und zu einer libertären Außenpolitik überschreitet Friedman gar die Grenze zur Komik. Gerade hier zeigt sich, dass die libertäre Gesellschaft nicht im Rahmen des Nationalstaats, sondern nur global gedacht werden kann. Dann nämlich würden diese beiden Kapitel – wenigstens theoretisch – überflüssig.

Politisch jedoch ist angebracht, diese Schule ernst zu nehmen.

Ihre Vorstellungswelt deckt sich mit Entwicklungslinien, die in der Realität seit Jahrzehnten tatsächlich auszumachen sind. Die Globalisierung hat sich seit 1973 im Grunde Schritt für Schritt in die Richtung bewegt, wie in dieser Navigations-Schule niedergelegt! Friedman macht zwar nicht die Veränderungen, aber er durchdenkt sie. Und keine Frage, dass Friedmans Wegweiser besser ist, als blind durch die Geschichte zu stolpern: „Das Ziel ist fern, aber nicht notwendigerweise unerreichbar; es ist gut, das Ziel zu kennen, bevor man den ersten Schritt macht“. S. 184

Die Kette

klassischer Laisser-Faire-Liberalismus >> Neoliberalismus >> Libertarismus deckt auf, dass der Neoliberalismus nur ein kurzes historisches Zwischenspiel war. Der Libertarismus nimmt den Faden dort wieder auf, wo er mit dem Ende des klassischen Liberalismus einmal gerissen war: Abbau des Staates, Herrschaft der stärkeren Individuen über die schwächeren, Beseitigung der bürgerlichen Errungenschaften der Französischen Revolution.

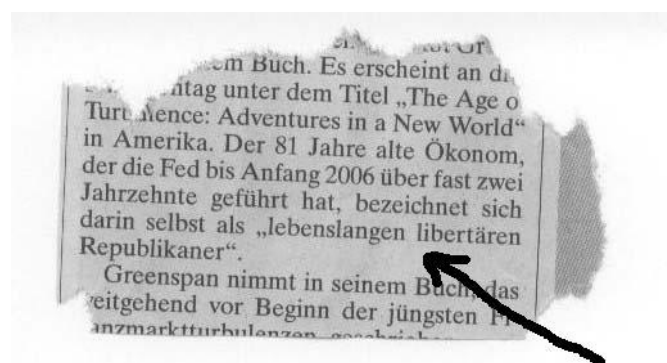
Das Fazit zur weiteren Entwicklung:

Die Hochphase des Libertarismus ist vor 35 Jahren eingeleitet worden. Obwohl es sich um eine Denkrichtung handelt, die sehr hilfreich ist, die tatsächliche Richtung der Globalisierung zu erkennen, wird ihr wenig Aufmerksamkeit geschenkt – oder gerade deswegen?

In den Medien, in der politischen Diskussion, selbst bei den Globalisierungskritikern steht der Neoliberalismus – obwohl 35 Jahre überholt - noch immer im Vordergrund der Aufmerksamkeit.

Dieses Desinteresse hat Desorientierung zur Folge, das Augenmerk wird vom eigentlichen Kurs abgelenkt.

Einem der ganz Großen von Global Governance kann man dies allerdings nicht nachsagen. Alan Greenspan, bekennt in seiner kürzlich veröffentlichten Autobiographie: „I'm a lifelong libertarian Republican“ (The Age of Turbulence: Adventures in a New World“, Penguin Books; S. 208).



Quelle: MacroAnalyst.de - Ausriss aus FAZ v. 17. Sept. 07

IV. Eingriff in die Globalisierung

1. Möglichkeiten der Gegensteuerung?

(a) Kein Systemzwang

Der immer stärker um sich greifende Eindruck ist, dass die Globalisierung Systemzwängen gehorcht und nicht beeinflussbar ist, schon gar nicht durch Bürgerinnen und Bürger.

Dieser Eindruck wird systematisch erzeugt. Er ist Resultat eines weltweit wirkungsvollen Politik- und Kulturkampfes zur Unterminierung demokratischer Einstellungen.

„Die Leute sehen, wie sich alles um sie herum immer mehr dramatisch verändert. Sie sehen auch, dass sie dagegen nichts tun können“. (so einer der führenden Demokraten Deutschlands, Norbert Lammert, Bundestagspräsident, SPIEGEL, Nr. 40, 2006).

Das Ziel-Produkt heißt Lethargie. Dabei liegt auf der Hand, dass die Leute durchaus etwas tun können. Gestaltbarkeit ist prinzipiell gegeben. Negativ zeigt sich das schon daran, dass die Globalisierungsakteure ihrerseits den vom Bürgertum geräumten Spielraum konsequent nutzen. Und auch die Libertären gehen systematisch vor – wie wir gesehen haben: „Das Ziel ist nicht unerreichbar; es ist gut, es zu kennen, bevor man den ersten Schritt macht“ (David Friedman).

Globalisierung ist ein Prozess, der von Menschen gestaltet wird, also auch beeinflussbar ist. Es gibt keinen anonymen Systemzwang.

Das Non der Franzosen zum Giscard-„Verfassungs“-Vertrag hat die Erschütterungen gezeigt, die das Volk nach wie vor auslösen kann. Sie brauchten dafür noch nicht einmal Gewehre in die Hand zu nehmen, wie ihre Vorfahren aux barricades 200 Jahre zuvor. Es genügte ein Kreuz auf einem Stück Papier.

Die Zahl der Freiheitsgrade bei der Bestimmung der politischen Stoßrichtung ist aber nicht beliebig. Eine Einschätzung von Entwicklungsstand, Richtung und Triebkräften der Globalisierung muss der Entscheidung für eine Option voran gehen.

(b) Global Governance - weder Global Government noch frei von Gegenmacht

Zwei analytische Erweiterungen gegenüber den oben bereits gewonnenen Einsichten bereiten die politische Schlussfolgerung vor.

Erstens: Global Governance ist zwar ein wichtiger Strang des bisher herausgebildeten Systems von Weltmacht, entwickelt sich aber nicht hin zum globalen *Regieren*. Im Gegensatz: Es bewegt sich weg davon. Globales Regieren, im Sinne einer demokratischen Struktur, wäre „Global Government“. Davon wird mitunter zwar auch geschwärmt, z. B. in dem ein oder anderen Grundsatzprogramm politischer Parteien. Aber wir haben gesehen, dass die

Globalisierung kollektive durch individuelle Entscheidungsprozesse ersetzt, dass sie den Staat abbaut, nach libertärem Drehbuch sogar ganz abschaffen wird. Die wichtigen Entscheidungen trifft nicht mehr das Parlament, sondern der Markt.

Zweitens: Ein Blick auf den weltweit ablaufenden Prozess zeigt, dass Gegenkräfte entstanden sind. Es hat sich zwar eine Pyramide gebildet, aber innerhalb der Pyramide sind keineswegs nur servile Diener auszumachen.

Es bilden sich Globale Blöcke heraus. Weltblöcke wachsen parallel zu Global Governance.

Der Fall: Weltblock Russland

Die Berichterstattung über die Entwicklung Russlands erinnert an den Kalten Krieg. Die Sprache, die Aufregung, die Aggression.

Der Kalte Krieg, das war die Etappe Kapitalismus gegen Sozialismus. Darum geht es nicht mehr. Wir befinden uns in einer anderen Etappe. Nach dem Fall des Sozialismus ist der Globalisierungsstrang Industriekapitalismus >> Dominanz des Finanzkapitalismus ganz in den Vordergrund gerückt.

Deshalb geht es jetzt um die Frage, wie soll diese Weiterentwicklung des Kapitalismus verfasst werden. Der Fall Russland hat dies besonders deutlich werden lassen. Dies zeigen zwei Phasen der Entwicklung nach dem Fall des Eisernen Vorhangs.

Phase-1: „Libertäre Zwischenphase“

In dieser ersten Übergangsphase in den neunziger Jahren droht das Pendel erst einmal voll durchzuschwingen vom Sozialismus direkt hin zum Libertären Kapitalismus.

Boris Jelzin betreibt Anfang des Jahrzehnts die Privatisierung der Staatsindustrie. Das geschieht in enger Abstimmung mit am Standort USA ansässigen globalen Öl- und Finanzkreisen. Das Hauptinteresse richtet sich auf das wichtigste Asset: Die wertvollen Vorräte Russlands an natürlichen Ressourcen.

Schon bald ist eine kleine Gruppe von Finanzjongleuren steinreich. Die Ressourcen eines ganzen Landes drohen abgeräumt zu werden.

(die Zusammenfassung einer jahrelangen, kenntnisreichen Dokumentation dieser Phase durch die FAZ ist auf MacroAnalyst.de zu finden; vgl. Beitrag über „Finanzarchitektur und Globalisierung“, S.76)

Neue Kräfte im Kreml durchschauen bald, dass dieser libertäre Vormarsch bis hin zur Bedrohung der staatlichen Souveränität erfolgen wird. Präsident Putin setzt eine Gegenmacht-Maschinerie in Gang.

Phase-2: „Ausbau Russlands zum Weltblock“

Bestritten wird diese Auseinandersetzung bedauerlicherweise noch immer im Rahmen der überholten Kategorien des Kalten Krieges.

Da, wo es um das System von Global Governance als Machtspitze der Globalisierung geht, spricht Putin von einem Streben *der USA* zur "Monopolaren Weltherrschaft" - „ein Zentrum der Macht, ein Zentrum der Stärke, ein Entscheidungszentrum“ (Putin).

„Bestimmte Normen, ja eigentlich fast das gesamte Rechtssystem eines Staates, vor allem, natürlich, der Vereinigten Staaten, hat seine Grenzen in allen Sphären überschritten: sowohl in der Wirtschaft, der Politik und im humanitären Bereich wird es anderen Staaten übergestülpt“. (Putin).

Diese Verortung erschwert das Verständnis dafür, worum es tatsächlich geht. Es geht weder um das Streben des Nationalstaates USA, noch um ein Überstülpen dessen nationalen Rechtssystems. Es geht um die nahtlose Einfügung Russlands in das System von Global Governance und die Übernahme von dessen Spielregeln.

Trotz dieses Missverständnisses jedoch ist die angestrebte Rolle Russlands in der Welt klar: "Ich denke, dass für die heutige Welt das monopolare Modell nicht nur ungeeignet, sondern überhaupt unmöglich ist".

“Russland ist ein Land mit einer mehr als tausendjährigen Geschichte und fast immer hatte es das Privileg, eine unabhängige Außenpolitik führen zu können. Wir werden an dieser Tradition auch heute nichts ändern“.

“Es besteht kein Zweifel, dass das wirtschaftliche Potenzial neuer Wachstumszentren auf der Welt unausweichlich auch in politischen Einfluss umschlägt und die *Multipolarität* stärkt“ (alle Zitate: Putin – Referat auf der Wehrkundetagung 2007 in München).

Es geht also nicht um Sozialismus oder Kapitalismus;
es geht nicht um Nationalstaat USA gegen Nationalstaat Russland.

Jetzt geht es vielmehr darum, dass sich Russland als eigenständiger Weltblock behaupten will.

Und es ist dieses Zurückschwingen des Pendels vom bereits erreichten Grad an Libertarisierung zum autonomen Weltblock, der Global Governance in Rage versetzt. Hier werden die Mechanismen ausgelöst, die an die Zeiten des Kalten Krieges erinnern.

Weitere Fälle: Auch in anderen Ländern schwingt das Pendel zurück.

So in Japan:

Dort zeichnet sich die Neuformierung der Japan AG ab. Ende der 90er Jahre folgte Japan dem Kurs von Global Governance: Reformen des Kapitalmarktes (Bilanzierungsvorschriften), Erleichterung des Zugangs ausländischer Investoren. In kurzer Zeit hielten Investoren aus Übersee 28 %, statt vorher 4 %, aller Aktien. US-Fonds stiegen zu Großaktionären japanischer Banken auf. Gegen diesen Ausverkauf japanischer Assets (gegen geflutetes Geld) formiert sich nun harter

Widerstand. Japan erlebt eine neue Blüte seiner traditionellen Überkreuzbeteiligungen. Seine großen Konzerne tauschen Eigenkapital aus, um feindliche Übernahmen durch ausländische Geld-Investoren abzuwehren (FAZ, 2. Juli 2007).

So in Südamerika:

Drei Tendenzen unterstreichen dies:

Erstens wehren sich die Südamerikaner gegen eine libertäre Freihandelszone.

Eine Freihandelszone für ganz Amerika (englisch: FTAA, spanisch: ALCA) wurde 1991 vom George W. Bush der Öffentlichkeit vorgestellt. Sie sollte eine Governance Zone von Alaska bis Feuerland schaffen und 2005 ihre Arbeit aufnehmen. Das Projekt stieß auf heftigen Protest von Globalisierungsgegnern. Einer der Hauptgegner, der venezolanische Präsident Chavez, lehnte das Projekt rundheraus ab. 2005 legten sich die südamerikanischen Staaten – trotz des von Bush mit Nachdruck vorgetragenen Vorschlags – erneut nicht auf einen Termin für die Wiederaufnahme der stockenden Verhandlungen fest – eine schwere Niederlage für Bush.

Zweitens renationalisiert Venezuela und stärkt die Rolle des Staates:

Im Mai 2007 hat der staatliche Ölkonzern in Venezuela (PDVSA) ausländischen Ölmultis die Kontrolle über vier milliardenschwere Ölanlagen im Orinoco-Becken genommen. Zeitgleich drohte der venezolanische Staatspräsident Chavez dem kompletten Banken- und Stahlsektor mit Verstaatlichung, sollten die Unternehmen nicht stärker "nationalen Interessen" dienen (in erster Linie Vergabe inländischer Kredite und mehr Stahlproduktion für den Binnenmarkt).

Der Staatschef hatte im Februar bereits mittels Anteilskäufen die staatliche Kontrolle über den großen Stromversorger Electricidad de Caracas und den Telekomkonzern CANTV errungen.

(Quelle: Spiegel Online, 04. Mai 2007)

Drittens versucht Südamerika, sich von Global Governance zu lösen.

Im Oktober 2007 haben Vertreter von Argentinien, Brasilien, Bolivien, Ecuador, Paraguay, Uruguay und Venezuela die Gründung der Banco del Sur (Bank des Südens) beschlossen. Dabei handelt es sich um eine Entwicklungsbank für Südamerika.

Als Kapital für die Erstausrüstung der Banco del Sur werden Währungsreserven der Zentralbanken der Mitglieder eingebracht. Diese flossen bisher wesentlich in US-Staatsanleihen (Deckung des US-Haushaltsdefizits) und in „Banken des Nordens“. Nunmehr sollen sie zur Entwicklung in Südamerika verbleiben und die wirtschaftliche Entwicklung der Mitgliedsländer finanzieren (lokale Infrastrukturprojekte, nationale Betriebe, vor allem kleinere und mittlere Unternehmen)

Die Gründung der Bank zielt darauf, Südamerika von den großen Finanzinstitutionen (Weltbank und Internationaler Währungsfonds) unabhängig zu machen, deren Kreditvergabe als Fremdsteuerung Südamerikas (Global Governance) gesehen wird. Venezuela hat überdies angekündigt, auch formell aus der Weltbank und dem IWF auszutreten.

Der Fall China liegt etwas anders:

In China gibt es diese Pendelbewegung nicht. Hier wird keine bereits erreichte Einbettung in Global Governance wieder zurück gefahren. China kommt vielmehr vom Kommunismus her und sucht erst noch seine Position in der Globalisierung. China ist deshalb noch weit entfernt von dem Grad an Einbettung, den Europa hingenommen hat. China ist ein echter Weltblock, der beispielsweise die Forderungen globaler Finanzkreise nach Flexibilisierung des Yuan-Kurses ungerührt zurückweist.

Fazit aus den Fallbeispielen:

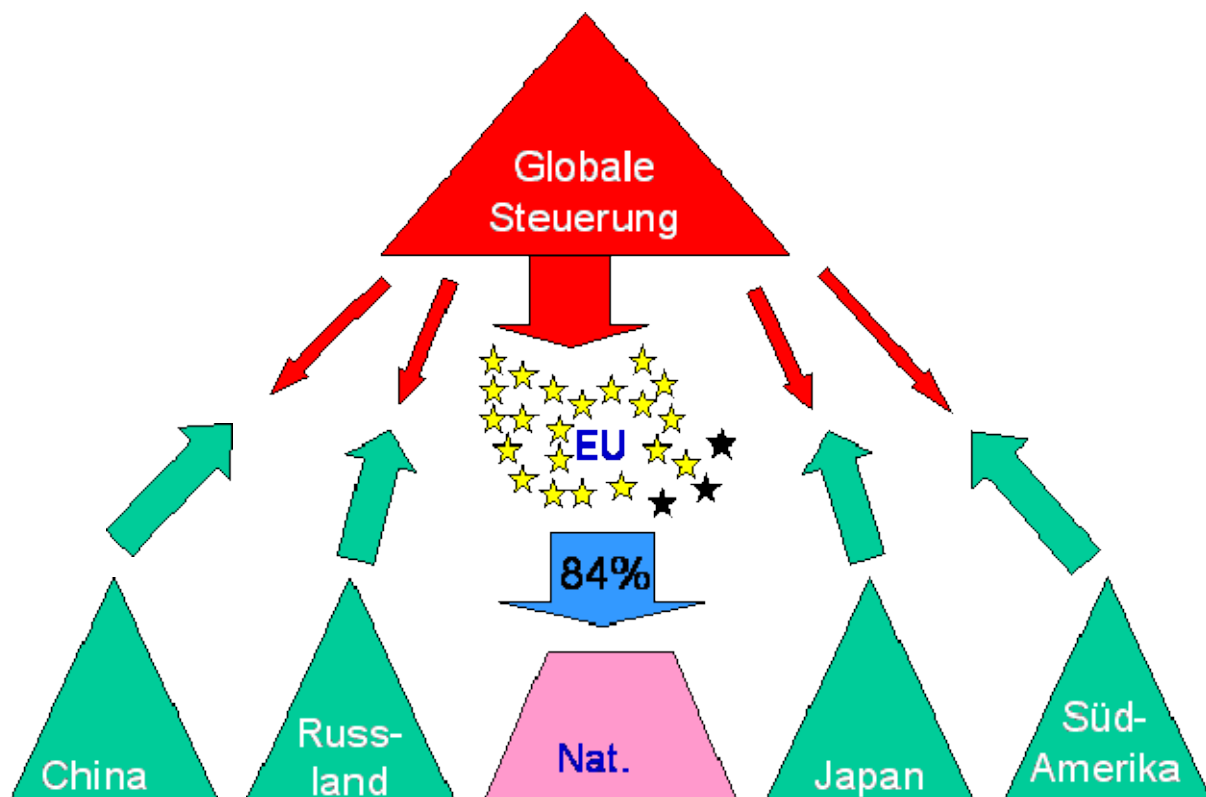
Ausdrücklich zu betonen ist, dass hier kein Urteil über die Politik der präsentierten Fälle im Einzelnen abgegeben wird. Insbesondere geht es nicht etwa darum, diese Einzelpolitiken in Europa kopieren zu wollen. Dafür sind diese Maßnahmenpakete viel zu spezifisch und zu komplex.

Hier hat nur der Aspekt interessiert, ob die Globalisierung ein zwangsläufig ablaufender Prozess ist oder ob er noch gestaltet werden kann. Die sich herausbildenden Weltblöcke sprechen eine eindeutige Sprache.

Global Governance entsteht als eine neue Weltmachthierarchie. Das ist keine Pyramide mit formalen Befehlssträngen von oben nach unten. Es geht um das Setzen von globalen Mustern, um Einfluss auf nationale, regionale und kommunale Entscheidungen, um Machtausübung.

Die Steuerungskapazität oben wird aber noch immer durch Weltblöcke unten gekontert. Die Blöcke verfügen über unterschiedliche Gegenmacht-Kapazität.

Global Governance und Welt-Blöcke Unterschiedliche Einbettungsstrukturen



Quelle: *MacroAnalyst.de*

Offensichtlich ist auch, dass diese Blöcke in den letzten Jahren stärker an Einfluss hinzugewonnen haben, als Global Governance selbst.

„Das summierte BIP Indiens und Chinas hinsichtlich der paritätischen Kaufkraft schon größer als das der USA. Das gleichermaßen berechnete BIP der BRIC-Staaten – Brasilien, Russland, Indien und China – übersteigt das BIP der EU. Nach Auffassung der Experten wird diese Entwicklung weiter anhalten.

Es besteht kein Zweifel, dass das wirtschaftliche Potenzial neuer Wachstumszentren auf der Welt unausweichlich auch in politischen Einfluss umschlägt und die Multipolarität stärkt“ (Putin, München).

Die Frage ist, welche Schlüsse Europa daraus für seine Positionierung in der Globalisierung ziehen wird.

2. Nah- und Fernziel für einen Eingriff in die Globalisierung

Wenn Europa die durch die Entwicklung der Globalisierung und die beiden Weltkriege geprägten Machtverhältnisse noch einmal ändern will, stehen dafür prinzipiell zwei Handlungsebenen zur Verfügung: Die globale und die Europäische Ebene. Welche Ebene muss dann in welcher Reihenfolge abgearbeitet werden?

Diskutiert wird heute über den Aufbau weltstaatlicher Strukturen mit einer anderen politischen Qualität. Stiglitz z.B. hat die Demokratisierung der Globalisierung gefordert (Joseph Stiglitz: Die Chancen der Globalisierung, 2006). Oder es wird die Forderung erhoben, die Vereinten Nationen zur obersten Instanz einer globalen Rechtsordnung zu promovieren. Daneben müssten die bestehenden multilateralen Organisationen politisch verändert werden.

In diesem Beitrag verzichten wir auf die Behandlung des Problems auf dieser Ebene.

Globalisierung beschränkt sich ja nicht auf die Spitze der Weltebene. Dort findet lediglich die Steuerung des Prozesses statt. Die Auswirkungen dieser Entscheidungen laufen die Pyramide hinunter bis zur operativen und vernetzten Basis.

Für die nachgeordnete Ebene hat dann unsere Analyse gezeigt, dass die EU zu „European Governance“ ausgebaut worden ist, was zu einem Verlust autonomer politischer Gestaltungskraft geführt hat. Die Schwächung Europas im Weltumfeld ist bereits weit vorangekommen und wird immer weiter voran getrieben werden.

Nach wie vor sind zwar Änderungen möglich, wie uns andere Kontinente vorführen. Für eine aktive politische Rolle aber müssten die Europäer zuvor ihre volle politische Handlungsfähigkeit wiedergewinnen. Dafür müsste die EU ihren Charakter eines vorwiegend ausführenden Organs von Global Governance abstreifen.

Gelänge dies nicht, wie sollte dann der viel weiter reichende Schritt einer Zählung der Globalisierung auf Weltebene gelingen?

Das Nahziel also ist die Wiederherstellung der weltpolitischen Handlungsfähigkeit Europas. Das Fernziel ist die Nutzung dieser Position für die Veränderung der Strukturen von Global Governance auf Spitzenebene.

Ohne handlungsfähige Strukturen auf europäischer Ebene, kein Einfluss auf globaler Ebene.

3. Europa als Weltblock

Welche Optionen bieten sich für Europa an?

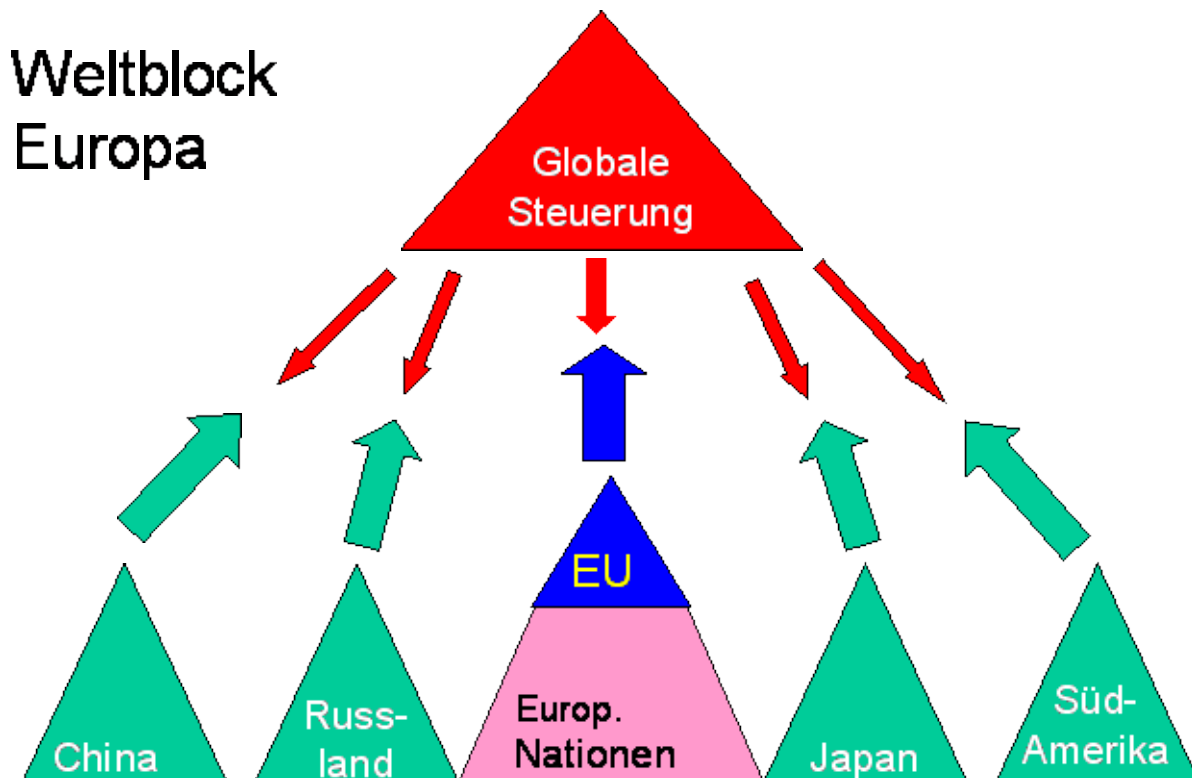
Der Main stream treibt die *Option* des „Weiter so, wie bisher“ voran. Das ist das Modell einer ungebremsen Ausdehnung der Fliehkräfte in Europa, der Nichtbeachtung des Bürgerwillens, der Zerstörung der europäischen Identität, der weitere Abbau der Demokratie auf dem Wege zu ihrer Beseitigung. Die EU als „Verkörperung des Konzepts der offenen Gesellschaft“ (George Soros). Dieses Europa liegt nicht im Interesse seiner Bürgerinnen und Bürger.

In das Zentrum gehört daher jetzt die Frage nach der Positionierung Europas aus europäischer Bürgersicht. Das ist die Option „*Europa als Weltblock*“.

Europa gehört zu den am weitesten in Global Governance integrierten Räumen; über GB heißt es bereits, Britannien habe aufgehört, eine unabhängige Nation zu

sein, wir hatten es bereits gesehen.

Gleichwohl, Europa kann diesen Weg zu einem Block noch immer gehen. Russland, China, Japan, selbst Süd-Amerika haben es uns vorgemacht, wie man einen eigenständigen und verteidigungsfähigen Block im System von Global Governance wieder gewinnen und behaupten kann. In diesem heutigen System von Weltblöcken muss Europa sich, seiner Größe und Kraft entsprechend, positionieren. Und gemäß dem Interesse seiner Bürger.



Quelle: *Macroanalyst.de*

Welche Voraussetzungen also muss ein solcher Block erfüllen?

Er muss auf einer festen und autonomen Basis ruhen, um die Interessen der europäischen Bürger überhaupt in den globalen Aushandlungsprozess von Interessen einbringen zu können. Heute vertritt European Governance lediglich die Interessen von Global Governance.

Die unabdingbare Voraussetzung für einen europäischen Weltblock ist deswegen die demokratische Verfasstheit Europas. Wir sprechen hier nicht von einer sog. Verfassung nach dem Muster von Giscard d'Estaing. Dreh- und Angelpunkt ist die Durchsetzung einer echten demokratischen Verfassung.

Die heutige EU ist ein demokratiefernes Gebilde:

Dem Parlament wird das vornehmste Recht in einer Demokratie, die Gesetzgebung, vorenthalten. Überdies hat es nicht das Recht, eine Regierung zu wählen.

Die EU-Kommission übt zugleich exekutive wie legislative Funktionen aus, es gibt keine Gewaltenteilung.

Mit dem Europäischen Rat wurde eine vierte Hierarchieebene eingezogen, auf der die nationale Exekutive zur europäischen Legislative wird.

Die Eckpunkte einer demokratischen Verfassung sind hingegen:

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus (Art. 20 GG). Das Volk wählt das Parlament.

Das Parlament übt die Gesetzgebung aus (volles Initiativ- und Abstimmungsrecht).

Das Parlament wählt die Europäische Regierung.

Die Regierung übt die exekutive Gewalt aus.

Der Europäische Rat vertritt die Nationen (doppelte Gewaltenteilung).

Die Judikative gehört zur fundamentalen Konstruktion der Gewaltenteilung.

Ohne eine demokratische Verfassung bliebe die EU ein Geschöpf der Globalisierung.

Ohne eine demokratische Verfassung gibt es keinerlei Schutz vor den Übergriffen der Finanzinvestoren.

Mit einer demokratischen Verfassung hätte Europa die Chance, zum handlungsfähigen globalen Akteur aufzusteigen.

Fazit:

Global Governance entsteht zwar als eine neue Weltmachthierarchie.

Seine Macht wird aber gekontert. Russland, China, Japan, selbst Süd-Amerika machen vor, wie man eigenständige Blöcke im System von Global Governance baut.

Wenn Europa seine besonders ungünstigen Machtverhältnisse noch einmal ändern will, dann muss es ebenfalls zu einem der Weltblöcke aufsteigen.

Der main stream treibt das Modell einer ungebremsten Ausdehnung der Fliehkräfte in Europa voran und verfolgt den weiteren Abbau der Demokratie.

Dieses Europa liegt nicht im Interesse seiner Bürgerinnen und Bürger. In deren Interesse liegt vielmehr die Option „*Europa als Weltblock*“.

Europa gehört zwar zu den am weitesten in Global Governance integrierten Räumen; Gleichwohl kann auch Europa diesen Weg noch immer gehen.

Ein solcher Block muss auf einer festen und autonomen Basis ruhen. Dreh- und Angelpunkt dafür ist die Durchsetzung einer echten demokratischen Verfassung.

Ohne eine demokratische Verfassung gibt es keinerlei handlungsfähigen Weltblock, keinen Schutz vor den Übergriffen der Finanzinvestoren. Mit einer demokratischen Verfassung hätte Europa die Chance, zum handlungsfähigen globalen Akteur aufzusteigen.

Weltblöcke kontern bereits Global Governance. Mit einem europäischen Block könnten der wilden Globalisierung weitere Zügel angelegt werden.